



## Juso-Kreisverband Freiburg

Julien Bender (Vorsitzender)

Mobil: 0176/32260814

[bender@jusos-freiburg.de](mailto:bender@jusos-freiburg.de)

Montag, 05. November 2012

### Mit 16 wählen gehen

#### **Forderung der Jusos nach Absenkung des Wahlalters wird zur nächsten Kommunalwahl umgesetzt.**

Mit Freude nehmen die Jusos Freiburg zur Kenntnis, dass die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei der Kommunalwahl noch im Laufe der aktuellen Grün/Roten Legislaturperiode umgesetzt wird. Juso-Kreisvorsitzende Julien Bender erklärt dazu: „Wir sind froh, dass unsere seit vielen Jahren bestehende Forderung, nach einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre nun unter unserem Innenminister Reinhold Gall (SPD) in die Tat umgesetzt wird. Es ist dem Druck aller Jusos in Baden-Württemberg zu verdanken, dass bereits bei der Kommunalwahl 2014 auch Jugendliche unter 18 Jahren an der Wahl teilnehmen können.“

Die Jusos Freiburg erhoffen sich durch die Absenkung des Wahlalters ein größeres politisches Interesse und Engagement bei den jungen Menschen. „Wir haben oft bemängelt, dass auf der einen Seite von Jugendlichen mehr politische Aktivität eingefordert wird, auf der anderen Seite für ihre aktive politische Teilhabe wenig getan wurde. Nur wer auch aktiv am politischen Willensbildungsprozess teilhaben kann, wird sich auch aktiv in das politische Geschehen einbringen“, erläutert die stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Julia Söhne weiter.

Für die Jusos ist klar, dass die Änderung des Wahlrechts auch eine Verpflichtung für die junge Generation ist, sich an der nächsten Kommunalwahl aktiv zu beteiligen. Gleichzeitig macht die stellvertretende Juso-Kreisvorsitzende Katharina Günther deutlich: „Dies kann nur ein erster Schritt sein, um die politische Verantwortung von jungen Menschen zu stärken. Auch die Absenkung des Wahlalters bei Landtags- und Bundestagswahlen muss nun ins Auge gefasst werden. Gleichzeitig müssen jugendpolitische Organe wie Jugendgemeinderäte, Jugendforen – z.B. ArTik e.V. und die Freiburger Jugendzentren - aber auch jugendpolitische Organisationen deutlich mehr Unterstützung von der Politik erhalten.“

PRESEMITTEILUNG